

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 11. Juni 2014

Erziehungsdirektion

73 2014.0281 Bericht

Zusammenführung Zentrum Paul Klee (ZPK) und Kunstmuseum Bern (KMB). Bericht des Regierungsrates zur Motion 028-2012 BDP (Etter, Treiten)

Ordnungsantrag EVP, (Löffel-Wenger, Münchenbuchsee)

Änderung der Beratungsform

Beratungsform: Freie Debatte

Präsidentin. Nous passons à la Direction de l'instruction publique. Affaire 73, Rapprochement du Zentrum Paul Klee (ZPK) et du Musée des Beaux-Arts de Berne (MBAB). Rapport du Conseil-exécutif concernant la motion 028-2012. En attendant M. le directeur, je peux vous donner encore deux informations. Vous avez reçu une annexe avec le plan financier 2020 sur le centre Paul Klee sur vos tables hier. C'est une information supplémentaire par rapport à ce rapport. M. le directeur est là, j'ai d'abord une motion d'ordre du PEV qui demande un débat libre au lieu d'un débat réduit. Est-ce que cette demande est contestée? – Oui, cette demande est contestée, on va donc voter. Ceux qui acceptent la demande du PEV, c'est-à-dire un débat libre votent oui, ceux qui refusent votent non.

Abstimmung (Ordnungsantrag EVP)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 38

Nein 76

Enthalten 4

Rückweisungsantrag EVP (Löffel-Wenger, Münchenbuchsee)

Teilweise Rückweisung des Berichtes bezüglich der Finanzierung ZPK bis ins Jahr 2020.

Planungserklärung EVP (Löffel-Wenger, Münchenbuchsee)

1. Der Zusatzbeitrag zur zukünftigen Finanzierung des Zentrums Paul Klee (ZPK) ist ab 2016 bis 2020 degressiv auszurichten (CHF 600 000.- / 450 000.- / 300 000.- / 150 000.- / 0.-).
2. Dem Grossen Rat ist wie in Motion 028-2012 gefordert ein «umfassender Businessplan» respektive Finanzplan vorzulegen.
3. Änderungen / Anpassungen der Finanzierung seitens des Kantons sind dem Grossen Rat vorzulegen.

Planungserklärung FiKo (Kipfer, Thun)

Dem Grossen Rat ist ein umfassender Businessplan über das gesamte neue Gebilde ZPK/KMB vorzulegen

Präsidentin. Tout d'abord, je donnerai la parole à M. Kipfer de la Commission des finances, puis M. Löffel pour votre proposition de renvoi partiel. *(Die Präsidentin läutet die Glocke.)* M. Löffel a deux

propositions. Premièrement il a une proposition de renvoi. Avec la nouvelle loi parlementaire, vous pouvez renvoyer un rapport partiellement. M. Löffel nous l'expliquera après, il ne renvoie pas tout le rapport, mais seulement une partie du rapport. Tout d'abord, nous allons nous entretenir sur cette demande de proposition de renvoi, et quand nous aurons fini cela, nous passerons aux déclarations de planification. Nous faisons cela en deux temps. – M. Kipfer, vous faites la grimace. Vous avez la parole, vous pouvez tout dire en même temps si vous ne voulez venir qu'une fois.

Hans Kipfer, Thun (EVP), Sprecher der Finanzkommission. Es ist tatsächlich so, dass wir mit diesen Planungsanträgen und dem Rückweisungsantrag ein bisschen schauen müssen, weil es da schon gewisse Zusammenhänge gibt, die sich dann schliesslich auf das Abstimmungsprozedere auswirken. Nun will ich Ihnen gerne diesen Bericht vorstellen. In regelmässigen Abständen steht das Zentrum Paul Klee ZPK auf der Traktandenliste. In der Vergangenheit ging es meistens ja um Beiträge für den Betrieb oder um Zusatzkredite für den Unterhalt. Dieses Mal haben wir aber einen Bericht zu beraten. Diesen Bericht kann ich Ihnen in drei Punkten kurz vorstellen. Zuerst komme ich zur Ausgangslage, dann zum Ablauf seit November 2012 und dann zum aktuell vorliegenden Resultat.

Zur Ausgangslage: Massgebend für den Bericht ist die Debatte vom November 2012. Diverse frühere Aktivitäten im Zusammenhang mit dem ZPK sind im Bericht unter dem Titel Vorgeschichte zusammengefasst. Im Rahmen des Antrages für einen Investitionszusatzkredit im November 2012 wurden weitere Anträge gestellt. Mit 128 zu 2 Stimmen wurde eine zusätzliche Bedingung aufgenommen, nämlich dass eine Fusion der beiden Stiftungen innerhalb des Zentrums zu ermöglichen sei. Es handelt sich hier um die ZPK-Stiftung für den Betrieb und die Maurice E. & Martha Müller Foundation (MMMMF) für das Gebäude. Ein Rückweisungsantrag mit Auflagen wurde mit 55 zu 79 knapp abgelehnt. Dem vierjährigen, zusätzlichen Verpflichtungskredit wurde etwas deutlicher, aber kritisch, mit 81 zu 53 Stimmen zugestimmt.

In dieser Debatte wurde weiter eine Motion diskutiert, welche einen Bericht zu drei wesentlichen Punkten forderte: Erstens seien mögliche Zusammenarbeitsformen mit dem Kunstmuseum Bern (KMB) aufzuzeigen. Zweitens sei ein fünfjähriger Businessplan für das ZPK zu erstellen. Drittens sei eine Strategie zu entwickeln, wie das ZPK in Zukunft mit den bisherigen Subventionen eine langfristig ausgeglichene Rechnung präsentieren kann. Diese Motion wurde überaus deutlich mit 121 zu 11 Stimmen angenommen und bildet die Basis für den vorliegenden Bericht.

Aus der damaligen Debatte gingen zwei Dinge hervor: Erstens strebten die Votanten eine Gesamtlösung an, die mit einfacheren Strukturen weder mehr Geld noch immer wieder Zusatzkredite kostet. Zweitens nahm Regierungsrat Pulver die damaligen Ratsanliegen in seinem Votum auf und sagte – ich zitiere aus dem Ratsprotokoll vom 22. November 2012, Nachmittag, Seite 1311: «Wir werden Ihnen einen Bericht vorlegen, der verschiedene Varianten aufzeigt. Eine Variante mit gleich viel Geld; eine Variante, wenn man so viel Geld hätte, wie es braucht – also mit etwas mehr Geld –; eine Variante mit weniger Geld und schliesslich noch die Variante, das Zentrum Paul Klee zu schliessen.»

So viel zur Vorgeschichte: Was ist nun seit November 2012 geschehen? Herr Regierungsrat Pulver hat den Prozess zur Chefsache erklärt und mit Dr. Marcel Brühlhart einen externen Projektleiter eingesetzt. In zwei Teilprojekten wurde die gewünschte Optimierung angegangen. Teilprojekt 1 umfasst das Umfeld und die Strukturen im ZPK. Teilprojekt 2 behandelt die Zusammenarbeit und die Synergien mit dem KMB. Die FiKo wurde etappenweise über den Projektfortschritt informiert. Wir konnten erfreut zur Kenntnis nehmen, dass es der Projektleitung gelang, verhärtete Strukturen und zementierte Positionen langsam aufzuweichen und im Sinne des Auftrags langsam neuen Lösungen zuzuführen. Dieser erstaunlich positive Prozess findet aus Sicht der FiKo im Bericht zu wenig Ausdruck. Hier gilt ein ausdrücklicher Dank an die Beteiligten für ihre Geduld und auch Hartnäckigkeit in dieser Sache. Aber ich kann ihnen gleichzeitig versichern, dieser Weg ist noch nicht zu Ende! Doch kommen wir nun zum vorliegenden Resultat: Der Bericht zeigt im Teilprojekt 1 auf, dass die Strukturen im ZPK zusammengelegt werden können und somit eine Vereinfachung und Synergien möglich sind. Der Bericht zeigt im Teilprojekt 2, dass mit einer neuen Dachstiftung die besten Synergien mit dem KMB möglich sind. Die Arbeiten in beiden Bereichen sind weit fortgeschritten. Der Bericht zeigt weiter, welche Sanierungsmassnahmen im ZPK nötig sind und auch mit Hilfe der Bürgergemeinde realisiert werden können. Der Bericht weist aber keinen umfassenden Businessplan gemäss Motionsforderung auf und zeigt auch nicht mehrere Varianten, wie von Regierungsrat Pulver in Aussicht gestellt wurde.

Der Bericht stellt weiter dar, dass das ZPK neben dem ordentlichen Beitrag von 5,65 Mio. Franken

weiterhin auf einen Zusatzbeitrag in der Grössenordnung von 600 000 Franken pro Jahr angewiesen ist. Auf die neue Subventionsperiode 2015 hin untersteht das ZPK gemäss Kulturförderungsgesetz vollständig dem Kanton Bern. Im Kulturförderungsgesetz erhält der Regierungsrat die alleinige Kompetenz für die finanziellen Fragen dieser Institutionen. Ich sage dies, weil die nun vorliegenden Anträge auch in diesem Licht zu betrachten sind. Die FiKo hat den Antrag EVP, Löffel, in der ursprünglichen Form diskutiert und hat deshalb eine eigene Planungserklärung nachgeschoben. Die FiKo erachtet es als wichtig, einen Businessplan zu erhalten, welcher diesen Namen auch verdient. Gleichzeitig soll dieser Businessplan nicht nur für das ZPK gelten, sondern im Sinne der angestrebten Gesamtorganisation das ZPK und das KMB umfassen. Die FiKo empfiehlt Kenntnisnahme des Berichtes.

Präsidentin. Nous passons à M. Löffel pour votre proposition de renvoi partiel, vous avez droit à deux minutes.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Ich spreche nicht lange. Wir haben das meiste schon vom FiKo-Sprecher gehört. Es ist eineinhalb Jahre her, dass wir die Motion überwiesen haben, die diesen Bericht forderte, unter anderem mit einem umfassenden Businessplan. Der FiKo-Sprecher hat soeben Regierungsrat Pulver zitiert. Weil noch nicht alle ganz konzentriert waren, erlaube ich mir, das Zitat zu wiederholen, denn es beschreibt den für mich entscheidenden Punkt in der Debatte im November 2012. Wenn ich die damalige Aussage mit dem vergleiche, was wir jetzt als Bericht vorgelegt bekommen, ist das für mich der Hauptgrund, weshalb ich eine teilweise Rückweisung des Berichts fordere. Regierungsrat Pulver sagte damals: «Wir werden Ihnen einen Bericht vorlegen, der verschiedene Varianten aufzeigt. Eine Variante mit gleich viel Geld; eine Variante, wenn man so viel Geld hätte, wie es braucht – also mit etwas mehr Geld –; eine Variante mit weniger Geld und schliesslich noch die Variante, das Zentrum Paul Klee zu schliessen.» Das will wohl niemand hier im Grossen Rat. Er sagte weiter: «Sie werden dann entscheiden können,» – und meinte damit, wenn dann der Bericht vorliegt – «wie wir mit dem Zentrum Paul Klee von Seiten des Kantons weiterfahren wollen.» Vier Varianten bezüglich der zukünftigen Finanzierung wurden uns damals versprochen. Eigentlich könnte ich hier aufhören und die restliche Zeit sparen, denn mir scheint dies eigentlich Grund genug, den vorliegenden Bericht im Teil Finanzierung zurückzuweisen.

Ich kann ihn drehen und wenden, wie ich will. Ich kann ihn schütteln, und doch finde ich keine Varianten hier drin. Ich finde auch keinen Businessplan. Ich finde ein paar Zahlen, wenn ich sie mir gut zusammensuche. Je länger ich mich mit diesem Bericht befasst habe, desto mehr hat es mich ein bisschen nervös gemacht, wenn ich an diejenigen denke, die neu hier im Grossen Rat sitzen. Ich befasse mich seit bald zehn Jahren mit dem ZPK. Wir sprechen nämlich hier immer wieder über Dasselbe. In diesem Bericht muss man sich häppchenweise zusammensuchen, was die zukünftige Finanzierung betrifft. Was besprochen wurde, ist nicht drin. Jakob Etter hat damals, nicht als Ergänzung sondern als Antragssteller, gesagt, der Businessplan soll zeigen, wie man mit den bisher gewährten 6,15 Mio. Franken auskommen könne. Man wolle keine zusätzlichen Kredite. Das alles wurde nicht erfüllt und daher beantrage ich eine teilweise Rückweisung dieses Berichts. Ich bitte Sie, das zu unterstützen, damit wir noch erhalten, was uns versprochen wurde was wir hier gefordert haben.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Ich erlaube mir zuerst eine Vorbemerkung: Gemäss Artikel 89 der Geschäftsordnung haben der Urheber und der Fraktionssprecher bei einer reduzierten Debatte je zwei Minuten Redezeit. Da ich beides in Personalunion bin, nehme ich mir die Freiheit, vier Minuten zu sprechen.

Meine Motion beinhaltet drei Anforderungen: die Zusammenführung ZPK und KMB, das langfristig Aufrechterhalten des Museumsbetriebs mit den definierten Subventionen und das Aufzeigen der künftigen finanziellen Ausrichtung in einem Businessplan. Was wollten wir mit dieser Motion erreichen? Wir wollten den Druck für eine engere Zusammenarbeit zwischen ZPK und KMB aufrechterhalten oder verstärken sowie die Rahmenbedingungen für das ZPK klar festlegen und eine langfristige Übersicht über seine finanzielle Situation erhalten. Im vorliegenden Bericht wurden nicht alle Punkte unserer Motion buchstabengetreu umgesetzt, darin muss ich Ruedi Löffel Recht geben. Aber der Bericht beinhaltet für mich mehr, als wir alle vor zwei oder eineinhalb Jahren erwarten konnten! Einige Beispiele: Die Zusammenarbeit ZPK und KMB ist weit fortgeschritten. Die bisherigen Stiftungsräte werden aufgelöst und durch eine gemeinsame Dachorganisation ersetzt. Ein kla-

rer Wille für die Zusammenarbeit in allen Bereichen ist unverkennbar. Mit dieser Zusammenarbeit ergeben sich deutliche Synergien, die auch finanzielle Mittel freigeben. Die MMM-Foundation und das ZPK können fusioniert werden. Die Burgergemeinde Bern leistet einen A-fonds-perdu-Beitrag von 4 Mio. Franken. Der Kanton wird jährlich mit 300 000 Franken entlastet, und nicht zuletzt wird der Kunstplatz Bern massiv gestärkt. Ich zitiere Arthur Schopenhauers treffende Aussage: «Die Steine, welche einem in den Weg gelegt werden, kann man auch gebrauchen, um neue Häuser zu bauen.» Ich glaube, die Menschen, die an diesem Projekt gearbeitet haben, haben sich dies auch zu Herzen genommen. Wir stellen im Bericht sehr viel Goodwill für dieses Projekt fest. Die Ziele scheinen in greifbare Nähe gerückt. Allerdings muss man auch feststellen, dass ein sehr fragiles Netz vorhanden ist und es erscheint mir etwas kleinkrämerisch, wenn wir als Parlament wegen 150 000 Franken pro Jahr an diesem Spinnennetz zu ziehen beginnen und dadurch das Ganze in Frage stellen. *(Hier unterbricht die Präsidentin den Redner kurz:)*

Präsidentin. Monsieur Etter, vous pouvez parler quatre minutes, mais après je ne vous vois plus, d'accord? – Alors continuez, s'il vous plaît

Jakob Etter, Treiten (BDP). Für mich ist dies ein guter Kompromiss. Vielleicht haben Sie auch den Geschäftsbericht gelesen. Auch dort finden sich sehr positive und ermutigende Zahlen. Die BDP-Fraktion nimmt den vorliegenden Bericht einstimmig zur Kenntnis und lehnt die Planungserklärung EVP, Löffel, ab. Der Planungserklärung FiKo, Kipfer, stimmen wir zu. Allerdings müssen wir dort noch diskutieren, wie dieser Businessplan präsentiert werden soll. Den Antrag für eine Teilrückweisung von Ruedi Löffel lehnen wir ab. Wir bitten Sie, diesem guten Bericht zuzustimmen.

Präsidentin. Mme Imboden pour les Verts, donc deux minutes.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Die grüne Fraktion anerkennt heute mit Freude, dass dieser Bericht ein wichtiges Dokument ist, welches die Zusammenarbeit zwischen ZPK und KMB konkretisiert. Dies ist ein Thema, das den Kanton schon lange beschäftigt. Ich erinnere an die erste Debatte im Jahr 2000 über die Zusammenarbeit der beiden Häuser, also bevor das ZPK überhaupt die Türen geöffnet hatte. Dass nach langen Diskussionen der beinahe Gordische Knoten gelöst werden konnte, ist eine Herkulesarbeit und verdient unsere Anerkennung. Wir bedanken uns beim Team, vor allem natürlich auch beim Kulturdirektor, aber auch beim Projektleiter, der dies in vielen Gesprächen und mit viel Fingerspitzengefühl, aber auch mit Durchsetzungsvermögen zustande gebracht hat. Ich glaube, hier gilt einmal das Sprichwort: Was lange währt, wird endlich gut!

Für uns Grüne geht es bei diesem Geschäft um zwei zentrale Fragen. Wie können die Kulturpolitik und auch der Kunststandort Bern im Sinne des Kantons Bern gestärkt werden? Und wie können die Mittel, die wir hier als Kanton zur Verfügung stellen, möglichst effektiv genutzt werden? Der durch den Vorstoss von Grossrat Etter ausgelöste Bericht dokumentiert sehr ausführlich die bisherige komplexe Struktur, mit ihren diversen Stiftungen. Er schafft Transparenz und zeigt auch den Weg auf. Das Prinzip, zuerst die Strategie zu klären und dann die Strukturen, führte dazu, dass die beiden Häuser nun eine gemeinsame Vision haben und ein gemeinsames Leitbild, als Voraussetzung für die bevorstehenden strukturellen Veränderungen und ihre zukünftige Zusammenarbeit unter einer neuen Dachstiftung. Darüber sind wir froh.

Von dieser gemeinsamen Dachstruktur erwarten wir eine effiziente Bereinigung der Strukturen und – soweit möglich – eine Konzentration. Der Fokus sollte aber immer darauf gerichtet bleiben, dass das Prunkstück dieser beiden Häuser, die klassische Moderne und auch die Gegenwartskunst, ins rechte Licht gerückt wird, und dass auch die Vermittlung an Bürgerinnen und Bürger im Zentrum steht. Hier hoffen wir auch auf neue Formen von Zusammenarbeit und sind sehr optimistisch. Die von der EVP vorgeschlagene Teilrückweisung können wir nicht unterstützen. Wir finden, der Bericht geht in die richtige Richtung. Ich komme zum Schluss. Wir sind einverstanden mit dem Antrag der FiKo, die noch eine genaue Auslegeordnung über die Finanzen will. Diesen Antrag der FiKo unterstützen die Grünen.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Das ZPK ist für die einen der Leuchtturm und für die andern eine Institution mit notorischen Geldsorgen und schwierigen Strukturen. Was für uns Aussenstehende eigentlich banal ist und auf der Hand liegt, dass man nämlich die Zusammenarbeit mit dem KMB suchen soll, wie die Motion forderte, ist in der Tat nicht so banal. Der Erziehungsdirektor kämpft mit selbständigen Stiftungen, die grosse Vermögenswerte aufweisen, mit komplizier-

ten Stiftungsurkunden und Schenkungsverträgen. Es ist also alles andere als eine grüne Wiese, wie er einmal gesagt hat.

Meiner Meinung nach hat die Regierung nun den richtigen Ansatz gewählt. Sie ging nicht von den Gebäulichkeiten aus, sondern von der gemeinsamen Aufgabe, nämlich Kunst zu vermitteln. Daraus entstand eine gemeinsame Dachstiftung, in welche Stiftungsräte aus beiden Stiftungen delegiert werden. Meiner Meinung nach ist dies ein Geniestreich von Herrn Pulver. Man hat damit endlich einen Ausweg gefunden, um – wie Nathalie Imboden sagte – den Gordischen Knoten zu lösen.

Ich möchte auf das Buch vom Konzerttheater Bern hinweisen, das Sie alle erhalten haben. Es ist für mich ein Beispiel, dass eine Zusammenarbeit möglich ist, und ich erwarte von KMB und ZPK auch irgendwann ein solches Buch, in dem sie ihre gemeinsamen Ausstellungen propagieren usw. Ich glaube, diesen Weg müssen wir gehen. Ich möchte nur noch kurz etwas zur finanziellen Seite sagen. Ich habe die notorischen Geldnöte erwähnt: Wir haben die Zahlen für den Unterhalt erhalten. *(Die Präsidentin weist die Rednerin auf das Ende der Redezeit hin.)* Wir wissen auch, dass die Investitionen nicht finanziert werden können und einmal aus dem Lotteriefonds finanziert werden müssen. Aber ich glaube, wir gehen den richtigen Weg mit dem Ansatz der FiKo, die einen Finanzplan von beiden Kunstinstitutionen verlangt. *(Die Präsidentin ermahnt die Rednerin erneut.)* Wir lehnen den Antrag, also die Teilrückweisung, von Grossrat Löffel ab und ... *(Hier schaltet die Präsidentin das Mikrofon des Rednerpults aus.)*

Präsidentin. Sur deux minutes, si je laisse trois minutes, ça fait un peu beaucoup.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Zentrum Paul Klee, der Leuchtturm von Bern, darüber haben wir hier im Grossen Rat schon stundenlang diskutiert. Nun ist endlich etwas Licht in diese Tunnellandschaft gekommen, seit sie zur Chefsache erklärt wurde. Am Ende dieses Tunnels sieht man nun das Licht brennen. Der Arbeitsgruppe möchte ich recht herzlich für ihre Vorgehen danken und für das, was sie erreicht hat. Wir haben heute doch ein Ziel, von dem ich überzeugt bin, dass es zu einem guten Ende führen kann. Die FDP unterstützt, wie vorgegangen wurde. Wir nehmen diesen Bericht zur Kenntnis und lehnen die Planungserklärung von Kollege Löffel ab. Die Planungserklärung der FiKo nehmen wir an.

Fritz Wyss, Wengi (SVP). Ich kann es vorweg nehmen: Die SVP-Fraktion hat mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, dass man das Problem nun wirklich angeht. Das attestieren wir dem Bericht. Wir hatten einen guten Eindruck von dieser Arbeit. Wir sind aber klar der Meinung, dass wir noch nicht ganz am Ziel sind, und ich glaube, niemand behauptet, dass wir punkto Finanzierung schon am Ziel sind. Offenbar ist in diesem Geschäft noch nicht ganz klar, wie der Rückweisungsantrag und die Planungserklärungen abgewickelt werden. Daher hat sich die SVP-Fraktion in erster Linie mit den Planungserklärungen befasst und erst jetzt – nachdem das Abstimmungsverfahren bekannt gemacht wurde – ist uns klar geworden, dass der Rückweisungsantrag weiterhin besteht. Offenbar wird das eine durch das andere nicht aufgelöst. Daher haben wir darüber in der Fraktion nicht abgestimmt. Ich gehe aber davon aus, dass ein grosser Teil der SVP-Fraktion der Teilrückweisung von Ruedi Löffel wegen der Finanzierung zustimmen wird. Es geht uns dabei wirklich nur um die Finanzierung, die uns wirklich noch zu wenig klar und detailliert ist. Wenn dann die Teilrückweisung nicht durchkommt, unterstützen wir die Planungserklärungen. In erster Linie ist uns die Planungserklärung der FiKo wichtig, weil unseres Erachtens ein Businessplan für das zusammengelegte Objekt ganz wesentlich ist, um irgendwann eine solide Finanzierung zu bekommen, ohne dass wir in den nächsten Jahren immer wieder Löcher stopfen müssen. Ich fasse also zusammen: Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass man auf dem richtigen Weg ist, aber wir sehen das Ziel noch nicht ganz, und das Licht ist vielleicht noch etwas weiter entfernt als Hans-Jörg Pfister meint.

Luc Mentha, Liebefeld (SP). Ich kann bei den Voten von Grossrat Etter und von Frau Grossrätin Imboden anknüpfen. Sie haben diese Arbeit sehr zutreffend gewürdigt. Angesichts der kurzen Redezeit verzichte ich auf eigene Formulierungen. Viele Votanten sagten, dass dieser Bericht insgesamt in der Grundausrichtung als sehr positiv zu würdigen sei. Wir sehen das auch so und sind der Auffassung, dass die Forderungen von Motionär Etter erfüllt sind, auch was das Finanzielle betrifft. Er hat es ja selber dem Grundsatz nach auch so erklärt. Wenn der Erziehungsdirektor in seinem Votum von Varianten gesprochen hat, die er vorliegen will, dann kann er das sicher jetzt in seinem Votum kurz streifen. Uns hat die Aussage über die zukünftige Finanzierung der Institution ZPK für sich und auch diejenige der Gesamtlösung KMB und ZPK überzeugt. Die entsprechenden Angaben

kann man aus den Finanzplänen herausziehen. Es wird klar aufgezeigt, dass man auf verschiedenen Ebenen reagieren will: mit Einsparungen, zusätzlichen Mitteln aus Partnerschaften – wie mit der Burgergemeinde Bern – und mit der Senkung des Finanzierungsbedarfs, den das Museum in der Vergangenheit verursacht hat. Das ist für uns eine gute und ausreichende Aussage. Wir wollen insbesondere nicht, dass man beim Sparen noch weiter geht!

Ich glaube, der Antrag von Herrn Löffel, der ja noch weiter hinunter zoomen will, stellt letztlich das ZPK grundsätzlich in Frage. Man kann nicht postulieren, dass das ZPK einer der kulturpolitischen Leuchttürme im Kanton Bern sei und darauf stolz sein, und gleichzeitig immer weniger Ressourcen zur Verfügung stellen. Das geht für uns nicht auf! Ich glaube, die Arbeit ist sehr gut aufgegleist. Wir haben eine Stabilisierung, auch auf finanzieller Seite. Wenn man jetzt den Antrag der FiKo, Kipfer, gutheissen will und noch einen formellen Businessplan verlangt, dann kann man das. Ich habe persönlich den Eindruck, die Finanzpläne im Bericht haben zusammen mit ihrer Kommentierung eigentlich die Aussagekraft eines Businessplans. Nun kann man das noch irgendeinem Spezialisten der Hochschule St. Gallen übergeben, der eine schöne Power-point-Präsentation macht und damit der Sache «das Kleidchen» und den Titel gibt; dann haben wir das auch noch. Aber wir halten das eigentlich für eine überflüssige Fleissarbeit. Ich glaube, die Zielsetzung ist nun gut formuliert und wir finden, man kann sie so unterstützen. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt diesen Bericht und lehnt alle anderen Anträge ab.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Ich muss gerade an dem anknüpfen, was Luc Mentha gesagt hat. Das war jetzt einfach schwach, was du erzählt hast. Auf dem letzten Blatt der Beilage 4, von dem wir heute Morgen noch die Rückseite erhalten haben, siehst du nicht einmal, wie hoch die Beiträge des Kantons Bern sind. Und dann hier zu erzählen, es seien gute Zahlen und man habe einen guten Finanzplan und sehe, wie die Finanzierung laufe, das finde ich sack-schwach. Und dann noch zu erzählen, es seien Einsparungen enthalten; das ist auch nicht wahr. Wir kommen noch dazu: Das sind nicht Einsparungen! Es wird zwar von Einsparungen gesprochen, aber effektiv geht man noch einmal 100 000 Franken höher, als in der Phase 2012–2015, wo wir zusätzlich zu den 5,65 Mio. noch 500 000 Franken geben mussten. Nun will man 600 000 Franken bezahlen. Das sind also 100 000 Franken mehr als in der laufenden Periode bewilligt ist. Für die EVP-Fraktion erfüllt dieser Bericht punkto Finanzen weder die ursprünglichen Forderungen der Motion, noch die damaligen Versprechungen von Regierungsrat Pulver. Und ich staune über die netten Worte des Motionärs am Rednerpult, über den abgelieferten Bericht punkto Finanzierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dem sage ich: Auftrag nicht erfüllt! Und was da abgeliefert wurde, gibt ein Ungenügend, Herr Erziehungsdirektor. Ich bitte Sie, diesen Bericht noch einmal anzuschauen. Vielleicht legen Sie die Kulturbrille kurz weg und schauen, ob Sie die elementar wichtigen und notwendigen Zahlen finden, damit man überhaupt sachlich diskutieren kann. Ich behaupte, dass Sie diese nicht finden, und mit mir zusammen setzt die ganze EVP-Fraktion eine Bank darauf. Ich bitte Sie, diesen Bericht, was den Finanzierungsteil betrifft, teilweise zurückzuweisen. Früher sprach man von ablehnender Kenntnisnahme. Wir haben diesen Begriff nun aus dem Organisationsreglement gestrichen und nennen es eine teilweise Rückweisung. Aber es bedeutet, dass wir mit dem, was uns an Zahlen und Informationen zur Finanzierung geliefert wurde, nicht zufrieden sind.

Präsidentin. M. le directeur, c'est à vous sur cette proposition de renvoi partiel.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. Es tut mir leid, dass sich Herr Löffel über diesen Bericht solcherart ärgern muss. Das war nicht meine Absicht. Ich hatte das Gefühl, wir haben letztes Jahr gut gearbeitet und nun ein gutes Ergebnis vorgelegt. Aber manchmal kann man das nicht verhindern. Es tut mir also leid!

Ich freue mich sehr, Ihnen heute die Ergebnisse unserer Arbeiten während den letzten zwei Jahren noch einmal kurz vorstellen zu dürfen. Ich glaube, wir dürfen mit Fug und Recht sagen, dass wir hier insbesondere dank der umsichtigen Arbeit unseres externen Projektleiters Marcel Brülhart, der solches schon beim Konzerttheater Bern sehr gut gemacht hat, aber auch – ganz wichtig – dank der Unterstützung der Burgergemeinde Bern, die 4 Mio. Franken bezahlt, den Gordischen Knoten lösen konnten. Das haben schon mehrere Leute gesagt.

Worum geht es? Wir haben zwei Aufträge: einen vom Regierungsrat und einen vom Grossen Rat. Der eine ist die Prüfung einer Zusammenführung des Zentrums Paul Klee (ZPK) und des Kunstmuseums Bern (KMB). Bei der Kulturstrategie, die Sie hier im Jahre 2009 diskutiert haben, sagte der

Regierungsrat, wir wollen als strategisches Ziel eine Zusammenlegung des ZKP und des KMB. Dies wurde Fusionsprozess genannt. Sie als Grossräte formulierten damals eine Planungserklärung: Man solle gleichwertig eine sehr enge Zusammenarbeit und eine Fusion prüfen und die beiden Institutionen einbeziehen. Das war der eine Auftrag, den wir umzusetzen versuchten. Der andere ist die Motion Etter zum ZPK mit drei Punkten: Die mögliche Zusammenarbeitsform habe ich schon erwähnt. Der zweite Punkt betrifft einen umfassenden Businessplan. Da verstehe ich auch den Frust von Herrn Grossrat Löffel und vielleicht auch von andern beim FiKo-Antrag. Darauf komme ich noch zurück. Punkt 3 betrifft die Strategie: Wie kann das Zentrum Paul Klee in Zukunft mit den bisherigen Subventionen eine langfristig ausgeglichene Rechnung präsentieren? Ein solcher Bericht wurde von uns verlangt.

Weshalb kam es zu diesen Aufträgen? Mit der Stiftung eines Zentrums Paul Klee durch die Familie Müller kam der Kanton Bern zu einer ausserordentlichen Chance, einen kulturellen Leuchtturm von internationaler Dimension zu erhalten. Das ist nicht eine Erfindung von mir. Es sind Vorgänger und ich glaube, auch noch Vor-Vorgänger, auch aus der SVP, die das voll mitgetragen haben. Und ich glaube, der Grosse Rat – auch ich war damals Mitglied – hat dies mit grosser Mehrheit als Chance wahrgenommen, die wir packen wollten. Dadurch sind aber auch Fragen entstanden. Es gab eine relativ komplizierte Organisationsstruktur und eine finanzielle Fragestellung. (*Die Präsidentin läutet die Glocke.*)

Ich möchte die drei Fragen kurz besprechen. Erstens die finanzielle Fragestellung: Der Starterfolg des Zentrums Paul Klee war so gross und es gab so viele Besucher, dass man bei der ersten Subventionsperiode weniger an Subvention leisten mussten, als ursprünglich erwartet wurde. Als dann die Besucherzahl zurückging, gab es ein Defizit und eine Unterfinanzierung. Dies löste ein «Fass ohne Boden»-Gefühl aus, das eigentlich nicht ganz richtig ist. Es war eher eine Tibetische Gebetsmühle, weil man nämlich von Anfang an gesagt hat, für ein Haus dieser Grösse benötige man im Grunde mehr Mittel. Anfangs liess man sich durch die grossen Besucherzahlen etwas täuschen. Darum hat der Kanton in den letzten Jahren neben der Subvention, die er zusammen mit der Regionalkonferenz und der Standortgemeinde gibt, Zusatzbeiträge gesprochen: 500 000 Franken pro Jahr an den Betrieb und 400 000 Franken an den Unterhalt. Bei diesem Unterhaltskredit haben Sie gesagt, Sie möchten nun mehr Klarheit. Das war der Wunsch nach einem Bericht Etter, der hier vorliegt.

In diesem Jahr haben wir eine Lösung gefunden: erstens durch zusätzliche Sparanstrengungen innerhalb des Hauses, zweitens durch Synergien aufgrund einer engen strategischen Zusammenführung mit dem Kunstmuseum Bern und drittens – das ist nicht ganz unwichtig – dank der Burgergemeinde Bern, die das aufgelaufene Defizit einfach übernehmen wird, wenn der Kanton seine bisherige Zusatzfinanzierung weiterführt. Es handelt sich um 2 Mio. Franken, welche die Burgergemeinde mit diesem aufgelaufenen Defizit einfach übernimmt! Zudem wird die Burgergemeinde während weiterer Jahre einen Beitrag sprechen: Es sind noch einmal 2 Mio. Franken für die nächsten vier Jahre als Überbrückungshilfe, um die Situation während dem Aufbau einer neuen strategischen Partnerschaft zu unterstützen. Ein Fisch, den wir an der Angel hatten, ist leider wieder abgesprungen. Inzwischen sind wir plötzlich, vielleicht wie die Jungfrau zum Kind, zu einem anderen Partner gekommen, wie sie der Zeitung entnehmen konnten. Zudem haben wir noch andere Optionen, die wir in den nächsten Jahren erarbeiten müssen. Den Zusatzbeitrag des Kantons Bern – 500 000 an den Betrieb und 400 000 an den Unterhalt, also insgesamt 900 000 Franken pro Jahr – werden wir senken und auf dem Niveau von 500 000–600 000 Franken weiterführen. Neu ist in diesem Betrag der Unterhalt enthalten, bei dem Sie letztes Mal beanstandet haben, dass er nicht drin ist. Diese Gesamtsicht der Beiträge ist möglich, weil wir auch das Gebäude neu ins Zentrum Paul Klee verschieben. Darauf komme ich noch zurück. Somit brauchen wir weniger Finanzen als bisher. Es stimmt, wir brauchen weiterhin einen Zusatzbeitrag, doch wir senken ihn von 900 000 auf 600 000 Franken. Damit können wir eine stabile Situation erhalten.

Es ist richtig, dass ich vor zwei Jahren hier im Grossen Rat gesagt habe, wir würden Ihnen verschiedene Varianten zeigen: wie viel es braucht, wenn man mehr Geld benötigt; wie viel, wenn man gleich viel Geld verwendet; wie viel, wenn man das Geld senkt und wie viel, wenn man das Zentrum schliesst. Ich kann Ihnen schon noch Varianten vorlegen, wie man mehr Geld verwendet. Aber ich ging damals – ehrlich gesagt – davon aus, dass es mit weniger Geld nicht möglich sein wird. Wir haben nun dank der Burgergemeinde und anderen Partnern zustande gebracht, dass wir die bisherige Zusatzfinanzierung auf 500 000–600 000 Franken senken können und haben es nicht mehr als notwendig erachtet, Ihnen zusätzlich Varianten mit mehr Geld vorzulegen. Das erschien mir nicht sinnvoll. Nun kann man Ihnen noch Varianten vorlegen, bei denen man den Zusatzbeitrag auf null

Franken herunter fährt. Ich sage Ihnen dann noch, weshalb das relativ gefährlich ist und uns das teurer zu stehen kommen könnte, als die vorgelegte Lösung.

Der zweite Punkt betrifft die Strukturen. Beim Investitionskredit kam von der FiKo und von Ihnen aus dem Grossen Rat viel Kritik an den unübersichtlichen Strukturen. Der Betrieb wird durch das Stiftungszentrum Paul Klee geführt. Das Gebäude gehört der Maurice E. und Martha Müller Foundation MMMF und das Creaviva Kindermuseum ist noch einmal eine dritte Stiftung. Ich packte die nicht ganz einfache Aufgabe an, auf diese Familie zuzugehen und zu sagen, wir möchten eigentlich nur noch eine Organisation, und das sei auch der Wunsch des Grossen Rats. Jakob Etter hat sich in seinem Votum vor allem darauf bezogen. Nun vollziehen wir das im Jahr 2015. Damit machen wir etwas, das vor zwei Jahren noch fast niemand für möglich gehalten hätte. Familie Aebi-Müller, die Erben der Familie Müller, ist bereit, das Gebäude in das Stiftungszentrum Paul Klee zu überführen. Beim Zusammenlegen der beiden Stiftungen und dem Übertragen des Gebäudes ist eines der zentralen Anliegen, dass in Zukunft das Zentrum Paul Klee eine Baseline «Maurice E. & Martha Müller Foundation» erhält, damit man sieht, wer das Gebäude bezahlt hat und zur Verfügung stellt. Das fanden wir absolut verständlich und machen es deshalb. Damit haben wir nun wirklich einen Gordischen Knoten innerhalb eines Jahres lösen können. Das Creaviva bleibt sinnvollerweise selbständig, weil das für die weitere strategische Entwicklung alle Optionen offenlässt und auch strategische Zusammenarbeit mit andern Kulturinstitutionen auf dem Platz Bern ermöglicht. Die Familie Aebi übernimmt in den nächsten Jahren das Betriebsdefizit des Creaviva, wofür auch ihr ein grosser Dank gilt, genau wie der Burgergemeinde.

Das dritte und letzte Thema, das wir angepackt haben, ist die strategische Zusammenarbeit ZPK und Kunstmuseum Bern. Das ZPK und das KMB bleiben je eigenständige Stiftungen, aber sie erhalten im Jahr 2015 einen gemeinsamen Stiftungsrat. Eine Dachstiftung wird sowohl für den Stiftungsrat ZPK als auch für den Stiftungsrat KMB figurieren. Beiden Institutionen bleiben unabhängig und selbständig. Wir haben sie zuerst von dieser Lösung überzeugen müssen. Für diese innovative Lösung benötigten wir ein Jahr intensive Verhandlungen. Dabei haben wir zuerst definiert, was inhaltlich die richtige Zusammenarbeitsform ist. Ich bin nicht einfach hingegangen und habe gesagt: «Hier ist der Kanton, und ich schlage mit der Faust auf den Tisch: Sie müssen spüren, sonst entziehen wir ihnen die Subventionen». Ich habe vielmehr, entsprechend Ihrer Planungserklärung zur Kulturstrategie, zusammen mit beiden Institutionen verschiedene Optionen angeschaut und mit ihnen erarbeitet, was inhaltlich Sinn macht und Betroffene zu Beteiligten werden lässt. Beide Institutionen stehen hinter dieser Lösung. Damit können wir den Kunstplatz Bern stärken. Sie haben ein gemeinsames Leitbild verabschiedet, das Sie in den Unterlagen finden. Sie machen in Zukunft eine gemeinsame Ausstellungspolitik, arbeiten in der Programmation der beiden Häuser zusammen, in der Ausleihe, in der Werbung, in den Services und in der Kulturvermittlung. Dank gemeinsam definierten Schwerpunkten, die Sie in den Unterlagen finden, und auch dank gemeinsam definierten Unterschieden, werden wir eine optimale Steuerung erreichen. Wir machen einen gemeinsamen operativen Steuerungsausschuss aus beiden Direktoren und den Kuratoren und aus einem gemeinsamen, strategischen Organ einen Stiftungsrat. Hierzu finden Sie alles im Bericht. Das war eine riesige Arbeit und hat auch vorausgesetzt, dass sehr viele Partner mithelfen.

Nun komme ich zum Anliegen Löffel und zum Antrag Löffel. Ich komme zuerst zur Rückweisung und dann zur Planungserklärung. Den Antrag der FiKo werden wir nachher besprechen. Darauf können wir sicher eingehen und Ihnen zusätzliche Unterlagen bereitstellen. Hingegen bitte ich Sie wirklich dringend, die beiden Anträge Löffel abzulehnen. Wir haben Ihnen eine Lösung für die gesamte Landschaft Kunstmuseum Bern und Zentrum Paul Klee vorgelegt. Es ist eine Lösung, bei welcher der Kanton Bern bestimmt weniger bezahlt, als in den letzten Jahren mit den Zusatzbeiträgen. Dafür braucht es aber die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen. Ich sage Ihnen noch einmal, diese Leute müssen im Boot bleiben! Die Burgergemeinde Bern ist bereit, das aufgelaufene Defizit von 2 Mio. Franken einfach zu übernehmen, wenn der Kanton auch Vergleichbares übernimmt. Sie wollten, dass wir denselben Beitrag wie bisher weiterhin bezahlen und nicht heruntergehen auf 500 000–600 000 Franken pro Jahr. Es hat einige Verhandlungen und Gespräche mit der Burgergemeinde durch Marcel Brühlhart und mir gebraucht, um das hinzubekommen. Ich musste dem Grossen Rat eine Lösung bringen, mit welcher der Kanton weniger bezahlt als bisher. Die Abstimmung in der Burgergemeinde steht noch bevor. Ohne die Burgergemeinde steht die Defizitübernahme von 2 Mio. Franken an. Ich weiss nicht, wer sonst das Defizit übernimmt. Die Burgergemeinde bezahlt zusätzlich in den nächsten vier Jahren noch 2 Mio. Franken an den Betrieb, weil es nicht so einfach ist, eine strategische Partnerschaft zu finden. Wir haben mehrere Fische an der Angel und einer ist, wie gesagt, abgesprungen.

Die Familie Aebi sagt: Wir sind bereit, das Defizit des Creaviva in den nächsten Jahren einfach zu übernehmen. Das wird wahrscheinlich bis zur Neuausrichtung des Creaviva, noch einmal einige hunderttausend Franken betragen. Das Kunstmuseum Bern hat gesagt: Wir sind bereit, uns einem gemeinsamen Stiftungsrat zu unterstellen, wenn man die Finanzprobleme des Zentrums Paul Klee löst.

In diesem Kontext hatte ich das Gefühl, nun liegt eine Gesamtlösung vor, bei der jede Partei einen Schritt macht und von der andern erwartet, dass sie Vergleichbares tut. Ich habe mich entschieden, diese Gesamtlösung hier im Grossen Rat vorzulegen und nicht noch einmal die Variante «Wir bezahlen einfach nichts mehr zusätzlich» auszuarbeiten. Dann wäre ich nämlich ganz und gar nicht sicher, ob die Burgergemeinde dabei bleibt und wir diese Lösung umsetzen können. Wenn Sie jetzt diesen Bericht zurückweisen oder die Planungserklärung Löffel überweisen, dann kann ich Ihnen nicht garantieren, dass morgen die Burgergemeinde nicht sagt: «Nein. Sorry, das war anders abgemacht! Alle Partner müssen ihren Beitrag leisten». Als die Burgergemeinde die 4 Mio. Franken zugestanden hat, war ganz klar, dass dies nur gilt, wenn der Kanton auch in einem bestimmten Bereich mithält. Ich finde, wenn die Burgergemeinde am Schluss das Defizit einfach nicht bezahlt, dann hängen schliesslich 2 Mio. Franken an uns. Wir können dann schon das Zentrum Paul Klee herunterfahren um auf den Beitrag zu kommen, den Ruedi Löffel gerne möchte. Aber es fallen dann auch andere Zusatzbeiträge weg.

Ich habe wirklich das Gefühl, wir haben Ihnen hier eine Gesamtlösung vorgelegt, die funktioniert und ich glaube, wir dürfen dabei auch stolz sein, ein Problem gelöst zu haben. Und zum Schluss vielleicht einfach noch eine Bemerkung: Die Erfahrung dieses Projekts ist für mich eine ganz persönliche und sie bezieht sich auch auf das, was Christine Schnegg uns allen für die Kurzbesinnung zum Legislaturbeginn geschickt hat. Sie hat nämlich ein Zitat gebracht, das ich sofort herausgenommen habe, weil es mir sehr gefällt: «Das Geheimnis des Erfolgs ist, den Standpunkt des anderen zu verstehen.» Und einer der Erfolge dieses Projekts war, dass wir nicht hingegangen sind zur Familie Aebi, zur Burgergemeinde, zu irgendwelchen Leuten, um ihnen zu sagen: «Wir vom Kanton wissen, was die Lösung ist. Wir wissen es sowieso besser». Sondern wir gingen hin, um einmal zu hören, was ihr legitimes Anliegen ist und was sie von einer guten Lösung möchten. Und da haben alle, wie wir, versucht, gegenseitig die Standpunkte zu verstehen und wir sind gemeinsam zu dieser Lösung gekommen. Ich empfehle Ihnen diese Lösung also auch im Sinne des erwähnten Zitats. Ich bitte Sie, keine Teilrückweisung zu beschliessen und auch der Planungserklärung von Ruedi Löffel nicht zuzustimmen. Wenn wir die Finanzierung neu aufrollen müssen, dann fällt das Meccano wieder in sich zusammen. Daher habe ich Ihnen auch nicht mehrere Varianten vorgelegt, von denen ich nicht weiss, wie die Finanzierung aussehen würde und mit welchen wir wieder zurückgehen müssten. Auf welches Feld, weiss ich im Moment nicht, und ich will auch nicht drohen, dass es dann Feld 1 wäre. Aber ich kann Ihnen nicht sagen, was dann passiert. Die Abstimmung bei der Burgergemeinde Bern ist noch offen.

Präsidentin. Merci M. le directeur, nous allons envoyer au Conseil-exécutif aussi une brochure avec le temps de parole, parce que nous étions en temps de parole réduit: pour les conseillers d'Etat c'est kurz, es kann zwei Minuten mehr sein, aber kurz. Mais vous vous êtes exprimé, je me suis aperçue, pour tout, et ce n'est pas facile au départ de savoir combien de temps de parole est nécessaire. Donc je répète, nous allons tout d'abord faire un vote sur la proposition de renvoi partiel, c'est un renvoi partiel et non de tout le rapport. Ensuite, nous continuerons sur les déclarations de planification, avec ceux qui n'ont encore rien dit sur ces déclarations. Ceux qui acceptent la proposition du PEV, proposition de renvoi partiel concernant le financement du ZPK jusqu'en 2020, votent oui, ceux qui refusent votent non.

Abstimmung (Antrag EVP, teilweise Rückweisung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 63

Nein 88

Enthalten 1

Präsidentin. Vous avez donc refusé ce renvoi partiel. Nous passons maintenant à la feuille jaune où vous avez les déclarations de planification, les trois du parti évangélique et la quatrième de la

Commission des finances. Je donne la parole à M. Löffel pour s'expliquer sur ces trois déclarations de planification et je donne la direction des débats à mon vice-président, M. Jost.

Der Vizepräsident Marc Jost übernimmt den Vorsitz.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Ich muss kurz einige Jahre zurückblenden, vor allem für diejenigen, die noch nicht vier Jahre oder länger hier im Grossen Rat sitzen. Vor sechs Jahren haben wir zum ersten Mal einen Zusatzbeitrag für das ZPK beschlossen, nämlich 350 000 Franken für die Jahre 2008–2011. Damit kam man genau auf die 6 Mio. Franken, von denen man am Anfang sagte, so viel brauche es, damit das ZPK existieren könne. Wir wurden damals meines Erachtens schon ein bisschen erpresst. Darum gab man damals diese 350 000 zusätzlich bis ins Jahr 2011. Vor zweieinhalb Jahren kam der zweite Anlauf um Zusatzbeiträge. Da ging es dann um 500 000 Franken für die Jahre 2012–2015. Damit war man auf 6,15 Mio. Franken, also bereits höher, als der Betrag, von dem man anfangs sagte, es brauche ihn. Im November 2012 kamen dann noch 1,6 Mio. Franken für dringende Investitionen hinzu. Im Bericht wurden diese Beträge zusammengezählt. Aber das war nicht ein Zusatzkredit, wie die andern genehmigten und hier wieder erwähnten. Sondern diese 1,6 Mio. Franken waren für dringende Investitionen, und ich finde es nicht ganz sauber, wenn man diese nun zusammenzählt und dadurch auf 900 000 Franken Zusatzbeitrag kommt. Beschlossen haben wir nur 500 000 Zusatzbeitrag.

Direktor Fischer vom ZPK gab damals in den Medien zu Protokoll: «Wir sind uns alle einig. Das ZPK und das KMB müssen ihre Kräfte bündeln. Nun werden wir dieses Vorhaben noch entschlossener vorantreiben.» Auch Regierungsrat Pulver sagte 2012 einmal, dass der Regierungsrat ursprünglich in der Kulturstrategie eine Fusion dieser beiden Institutionen angestrebt habe. Und nun gibt es diesen Bericht betreffend Zusammenarbeit, und die Gründung einer Dachstiftung mit einem gemeinsamen Stiftungsrat wird nun hochgelobt. Bei diesem Bericht und den kleinen Schritten, die seither unternommen wurden, vermisste ich die Entschlossenheit, die vor zwei Jahren kommuniziert wurde. Darum bitte ich Sie, dieser Entschlossenheit etwas nachzuhelfen. – Ich spreche auch gleich als Fraktionssprecher, du kannst mich noch zwei Minuten plaudern lassen, Marc Jost. Ich bitte Sie, dieser Entschlossenheit etwas nachzuhelfen, indem wir nämlich jetzt diesen Zusatzbeitrag von 600 000 degressiv über fünf Jahre auslaufen lassen, indem er jeweils um 150 000 Franken gekürzt wird. Das bedeutet dann, dass die Bemühungen um strategische Partnerschaften, künstlerische Zusammenarbeit und Synergien, noch etwas verstärkt werden müssen, damit wir da wirklich von dieser Finanzierung heruntersommen. Im schlimmsten Fall muss man halt noch einmal Freiwilligenarbeit in Betracht ziehen.

Der zweite Punkt ist klar. Einen Businessplan habe ich nur für das ZPK gefordert, weil das ursprünglich im Bericht gefordert wurde. Doch dies widerspricht dem Antrag der FiKo nicht. Sie will ja einfach den anderen Teil auch noch, darum sind meines Erachtens beide richtig.

Der dritte Punkt ist aber der wichtigste und ich bitte Sie dringendst, darüber noch einmal nachzudenken. Es geht darum, dass uns zukünftige Änderungen und Anpassungen bei der Finanzierung vorgelegt werden müssen. Ich befürchte, wenn man diesen dritten Punkt nicht überweist, dann werden solche Änderungen in Zukunft als gebundene Kosten durchgehen und wir hier im Grossen Rat nie mehr über solche Beiträge diskutieren. Denn das seit diesem Jahr geltenden Kulturförderungsgesetz gibt die Kompetenz für die drei Leuchttürme der Regierung. Das gilt es zu verhindern, wenn weitere solcher Kredite kommen oder aufgestockt werden müssen. Dann müssen diese zwingend hier in den Grossen Rat kommen und ich bitte Sie wirklich, diesen dritten Punkt zu unterstützen. Wir diskutieren schon so lange über diese Zusatzbeiträge und ich fände es nicht sauber und auch den Steuerzahlenden gegenüber nicht korrekt, wenn wir in Zukunft nichts mehr dazu sagen dürfen.

Marc Jost, Thun (EVP), Vizepräsident. Als nächster Sprecher hat Herr Grossrat Kipfer für die FiKo das Wort. Verschiedene Fraktionssprecher haben in ihrem ersten Votum bereits auch zu den Planungserklärungen gesprochen. Doch alle Fraktionen können nun noch einmal zu allen Planungserklärungen Stellung nehmen, soweit das notwendig ist. Aber das ist natürlich freiwillig.

Hans Kipfer, Thun (EVP). Sprecher der Finanzkommission. Ich möchte nur kurz ergänzen. Wir behandeln nun die Frage, ob wir den Bericht mit Planungserklärungen ergänzen sollen. Die FiKo hat eine Planungserklärung vorgelegt, weil wir auch gemerkt haben, dass die Kredit- respektive Beitragsprechung an die Kulturinstitutionen künftig gemäss Kulturförderungsgesetz dem Regierungsrat die alleinige Kompetenz gibt. Genau deshalb kam die FiKo zum Schluss, dass es hier doch

noch etwas Zusätzliches braucht, damit wir weitere Informationen haben und wissen, wie es läuft. Darum empfiehlt Ihnen die FiKo, den Bericht mit einem gesamthaften Businessplan über das neue Gesamtgebilde ergänzen zu lassen.

Marc Jost, Thun (EVP), Vizepräsident. Nun hat Grossrat Oester für die EDU-Fraktion das Wort. Gibt es noch weitere Fraktionsmeldungen zu den Planungserklärungen? – Dann schliesse ich die Rednerliste.

Stefan Oester, Belp (EDU). Ich habe vorher beim Teilrückweisungsantrag die Meinung der EDU zu den Planungserklärungen der EVP nicht bekannt gegeben. Ich möchte das jetzt noch tun. Wir haben hier im Grossen Rat während Jahren immer wieder Kredite für das ZPK gesprochen und nun haben wir diesen Bericht. Wir sehen, dass ein Wille da ist und man die Kosten in den Griff bekommen kann. Aber wir haben gesehen, dass sich diese Kosten in den kommenden Jahren auf 600 000 Franken pro Jahr belaufen und wir meinen, dass diese langsam heruntergefahren werden können. Deshalb unterstützen wir die Planungserklärung der EVP. Die EDU ist der Meinung, dass man da gut hinschauen muss. Wie die Finanzierung letztlich aussieht und mit welchen Partnern man wie verhandeln kann, müssen wir wohl dem Erziehungsdirektor überlassen, wenn die Meinung des Grossen Rats wirklich wäre, die Kosten zu senken.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Wir können nun beginnen, Erbsen zu zählen und genau zu schauen, ob jeder Buchstabe der Motion auch umgesetzt wurde. Aber, Ruedi Löffel, ich muss dir einfach sagen, dass wir mit dem, was im Bericht steht, schon zwei Schritte weiter sind, als du hier noch verlangst. Es bringt nichts, in solch einem Bericht noch einen Businessplan vom ZPK zu verlangen, wenn bereits die Zusammenarbeit zwischen KMB und ZPK vorliegt. Deshalb sind wir der Meinung, dass jetzt dieser Businessplan über das Ganze erarbeitet werden muss und lehnen darum die Planungserklärungen von Ruedi Löffel ganz klar ab. Wir sind bereits weiter, als verlangt wird. Also lehnen Sie bitte diese Planungserklärungen ab und stimmen Sie dem Antrag der FiKo zu.

Luc Mentha, Liebefeld (SP). Den Antrag der FiKo von Grossrat Kipfer betrachten wir als überflüssig. Daher lehnen wir ihn, wie gesagt, ab. Wenn man das aber noch machen will, kann man das. Das ist nicht weiter schlimm. Aber wir empfehlen Ihnen wirklich, den Antrag von Herrn Löffel abzulehnen. Er will einfach schlicht die Mittel noch zusätzlich herunterfahren und die Beiträge senken, wenn man mitberücksichtigt, dass auch der Unterhaltsbeitrag drin ist. Wie bereits gesagt, kann man das Wesentliche aus dem Bericht herauslesen. Der Erziehungsdirektor hat das gesagt und auch Herr Brühlhart hat es mir vorhin bestätigt.

Wenn ich mir erlaube, das hier zu erklären, kann man sagen, das sei schwach. Das kann man machen. Ich muss dir einfach sagen, Grossrat Löffel, ich würde meinen, du stellst dich hier in ein etwas eigenartiges Licht. Man hat immer mehr den Eindruck, du führst hier im Grunde einen «Heiligen Krieg» gegen das ZPK und ich glaube, damit sollten wir jetzt einfach aufhören. Das ZPK ist ein kulturpolitischer Leuchtturm in diesem Kanton. Es gibt Hunderttausende von Touristen, die hier herkommen und das ZPK besuchen. Es braucht eine Minimalfinanzierung und mit intensiven Bemühungen ist es jetzt gelungen, seine finanzielle Situation zu stabilisieren und sogar unter Berücksichtigung der Unterhaltsbedürfnisse die Unterstützung etwas herunterzufahren. Ich finde, das Resultat lässt sich sehen. Lehnen Sie bitte den Antrag von Grossrat Löffel ab. Wenn man die Kompetenzordnung des neuen Kulturförderungsgesetzes mit einer Planungserklärung auch gleich noch in Frage stellen will, wie es Punkt 3 der Planungserklärung beabsichtigt, dann ist das auch ein bisschen ein Wolf im Schafspelz. Das Kulturförderungsgesetz haben wir gerade erst debattiert. Es regelt die Kompetenzen und wenn du das in diesem konkreten Fall anders sehen willst, dann müssen wir wohl das Kulturförderungsgesetz noch mit einem neuen Artikel anreichern, in dem steht: Aber für das Zentrum Paul Klee gilt dann ganz etwas anderes.

Marc Jost, Thun (EVP), Vizepräsident. Bevor ich noch einmal Regierungsrat Pulver das Wort gebe, erläutere ich noch kurz, wie wir nachher über die Planungserklärungen abstimmen werden. Wir haben das kurz im Präsidium vorbesprochen. Wir stimmen über jede Planungserklärung einzeln ab und stellen sie nicht einander gegenüber. Wir befinden einfach der Reihenfolge nach über jede einzelne. Nun hat Herr Regierungsrat Pulver das Wort.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. Wie schon gesagt, habe ich für das Bedürfnis nach mehr

Zahlen Verständnis. Diesem Punkt können wir auch durchaus entgegenkommen. Ich verstehe auch, wenn die Zahlen in diesem Bericht für Sie noch zu wenig bringen – «vous laisser sur votre faim» – und Sie mehr Zahlen haben möchten. Es gibt einen Grund, weshalb die Zahlen im Bericht nicht so ausführlich sind. Wir hatten ja noch ausführlichere Zahlen erarbeitet. Sie sind etwas kompliziert und haben von einem Jahr zum andern starke Schwankungen. Man müsste dazu sehr viel erklären und dazu wären viele zusätzliche Seiten notwendig. In der FiKo sagte man, für uns reicht das so. Wir wären auch gerne bereit gewesen, der Finanzkommission noch mehr zu zeigen. Wir haben die bestehenden Businesspläne, mit der Finanzkontrolle angeschaut. Die Finanzkontrolle hat sie grundsätzlich als plausibel betrachtet, aber sie macht natürlich keine Vorprüfung, das wissen Sie.

Wir können dem Grossen Rat gerne noch detailliertere Zahlen vorlegen. Unser Auftrag war an sich nicht, einen Businessplan auch für das Kunstmuseum Bern vorzulegen. Die Motion Etter hat sich auf das Zentrum Paul Klee bezogen und es gab nie einen Auftrag, auch einen Businessplan für das Kunstmuseum zu erarbeiten und vorzulegen. Das haben wir in dieser Form auch nicht gemacht. Die Zahlen zum Zentrum Paul Klee haben wir neu aufgearbeitet und nicht nur einfache, kleine Nebenschrittchen gemacht, wie es von Herrn Löffel dargestellt wurde. Wir haben zum Beispiel die ganzen Unterhaltsarbeiten und das Mobiliar innerhalb des ZPK aufgearbeitet. Was die FiKo gewünscht hat, ist jetzt alles im Bericht enthalten. Aber wenn wir gesamthafte, detailliertere Zahlen zusammen mit dem KMB wollen, dann braucht es Zeit. Das KMB hat stabile Finanzen und dort besteht an sich kein Problem. Aber sinnvollerweise würden wir einfach die Zahlen liefern, sobald wir die beschriebene, strategische Zusammenführung im Jahr 2015 realisiert haben und diese Zahlen Ende 2015 oder 2016 vorlegen.

Nun würden ich Ihnen aber empfehlen, diese Zahlen der FiKo oder der Bildungskommission – das müssen Sie entscheiden – vorzulegen. Wenn es heisst, dem Grossen Rat, dann bedeutet das, dass ein Mitbericht bei allen Direktionen eingeholt werden muss und ein Regierungsratsbericht und ein Bericht für den ganzen Grossen Rat erstellt werden müssen. Man muss dann auch überlegen, welche Zahlen von diesen Institutionen man einfach so öffentlich machen kann. Die Businesspläne sind für die Öffentlichkeit nicht immer umfassend. Die Frage ist, ob man sie nicht den zuständigen Kommissionen vorlegen sollte. Dann können wir auch noch mehr Zahlen zeigen, die vielleicht nicht alle gegen aussen zeigen wollen. Wir werden mit beiden Kommissionen Kontakt aufnehmen und einen Vorschlag machen, wie wir Ihnen die Zahlen vorlegen können. Dann wären auch die zuständigen Kommissionen einverstanden.

Zu den andern Punkten habe ich mich schon geäussert. Bei der Planungserklärung Zusatzkredit bin ich mir einfach bezüglich des Risikos nicht sicher, ob die vorgelegte Lösung noch möglich ist, wenn wir unsere Unterstützung herunterfahren. Dabei müssen wir schauen, ob das den Kanton nicht schliesslich teurer zu stehen kommt, wenn wir dann das Defizit übernehmen müssen. Und die Finanzierungszuständigkeit ist im Kulturförderungsgesetz geregelt. Das müssen Sie grundsätzlich dort ändern. Ich empfehle Ihnen also, die Planungserklärung der FiKo anzunehmen. Dann kommen wir mit den zuständigen Kommissionen ins Gespräch, wie wir es genau machen. Die Planungserklärung Löffel empfehle ich Ihnen abzuweisen.

Marc Jost, Thun (EVP), Vizepräsident. Besten Dank für die Erläuterungen zu der Debatte. Wir stimmen nun über die vier Planungserklärung ab und befinden dann über die Kenntnisnahme. Wer die Planungserklärung 1 der EVP annehmen will, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Planungserklärung EVP Ziff. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 64

Nein 81

Enthalten 1

Marc Jost, Thun (EVP), Vizepräsident. Sie haben die Planungserklärung abgelehnt. Wir kommen zur zweiten Planungserklärung der EVP. Wer die Planungserklärung 2 der EVP annehmen will, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Planungserklärung EVP Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 63

Nein 84

Enthalten 0

Marc Jost, Thun (EVP), Vizepräsident. Sie haben die zweite Planungserklärung abgelehnt. Wir kommen zur dritten Planungserklärung der EVP. Wer die Planungserklärung 3 der EVP annehmen will, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Planungserklärung EVP Ziff. 3)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 64

Nein 84

Enthalten 1

Marc Jost, Thun (EVP), Vizepräsident. Sie haben die Planungserklärung abgelehnt. Wir kommen zur Planungserklärung der FiKo. Wer diese Planungserklärung annehmen will, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Planungserklärung FiKo)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 121

Nein 26

Enthalten 3

Marc Jost, Thun (EVP), Vizepräsident. Sie haben die Planungserklärung angenommen. Nun stimmen wir über die Kenntnisnahme ab. Wer diesen Bericht zur Kenntnis nimmt, stimmt Ja, wer die Kenntnisnahme ablehnt, stimmt Nein.

Schlussabstimmung (Kenntnisnahme)

Der Grosse Rat beschliesst:

Kenntnisnahme mit Planungserklärung

Ja 117

Nein 30

Enthalten 0

Marc Jost, Thun (EVP), Vizepräsident. Sie haben diesen Bericht mit der Planungserklärung zur Kenntnis genommen. Damit ist das Traktandum 73 beendet und wir gehen weiter zu Traktandum 74, dem Geschäftsbericht der Berner Fachhochschulen.